



**Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD:
weiteres Vorgehen Marktstraße 18**



22.03.2024

Bauausschuss	11.04.2024
Verwaltungsausschuss	23.04.2024
Rat	25.04.2024

Beschlussvorschlag:

Die Ziffern 1b) und 1c) des Beschlusses zur Vorlage Nr. XIX/0122 „Marktstraße 18, hier: Entscheidung über Erwerb und Nutzungskonzept“ in der Fassung B03/S02 aus der Sitzung des Rates am 13.10.2022, zuletzt erneuert in der Sitzung des Rates am 26.01.2023, werden wie folgt geändert:

1b) Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 01.10.2024 auf Grundlage der Modernisierungsvoruntersuchung des Architekturbüros Remke die Vorplanung (LP 1-2) einschließlich einer vorgezogenen Kostenberechnung (Bestandteil der LP3) für die Sanierung der Marktstraße 18 mit folgender Aufgabenstellung zu beauftragen:

- a) Im Obergeschoss sind ein oder zwei Mietwohnungen einzurichten.
- b) Im Erdgeschoss ist eine multifunktionale Büro- und Begegnungsfläche einzurichten, wobei das städtische Tourismusbüro als Ankermieter neben 1-2 weiteren dauerhaften Mietern (z.B. öffentlichen Beratungsstellen, Verbänden, Initiativen) vorzusehen ist.
- c) Die große Diele ist dabei möglichst als räumliche Einheit für öffentliche Begegnungen zu erhalten.
- d) Die optionale Schaffung einer öffentliche Toilettenanlage ist zu prüfen.

Sofern noch nicht bereits ausreichend geschehen, sind alle Voruntersuchungen bezüglich Gründung, Zustand Balkenwerk etc. bis dahin als Grundlage für die weitere Planung abzuschließen. Parallel ist die Nutzung durch die unter Buchst. b) angeführten öffentlichen Beratungsstellen (wie z.B. Seniorenberatung, Rentenberatung der Deutschen Rentenversicherung u. ä.), Verbände und Initiativen zu prüfen.

1c) Die Verwaltung wird beauftragt, für die unter 1b) aufgeführte Planung konkrete Fördermöglichkeiten zu prüfen, einzuwerben und die notwendigen Beschlüsse hierzu vorzubereiten.

Begründung:

Nachdem die Stadt aufgrund des Ratsbeschlusses das Haus Markstraße 18 im Jahr 2022 erworben hat und erste Sicherungsmaßnahmen erfolgt sind, soll die Planung und damit die weitere Nutzung des Hauses vorangetrieben werden. Jeder Tag, den dieses Haus leer steht, kostet Bausubstanz und erhöht den Sanierungsbedarf. Außerdem beeinträchtigt dieser offensichtliche Leerstand weiterhin den zentralen Platz Barsinghausens.

In den vergangenen Monaten hat eine gemeinsame Arbeitsgruppe der beiden Parteien und Ratsfraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen konkrete Vorschläge zur Nutzung erarbeitet, die dem vorliegenden Antrag zu Grunde liegen. Dabei wurden auch Bürgerinnen und Bürger, die sich in den letzten Jahren für den Erhalt des Gebäudes eingesetzt haben, einbezogen. Es sind realistische Überlegungen entstanden, die auf die räumlichen Möglichkeiten des alten Bauernhauses Rücksicht nehmen, einen Bedarf an dieser exponierten Stelle abdecken und wirtschaftlich umsetzbar sind.

Die beeindruckende Diele und damit das Herzstück des Gebäudes soll erhalten bleiben und der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich gemacht werden. Das städtische Tourismusbüro soll als Ankermieter neben ein bis zwei weiteren dauerhaften Mietern, vorzugsweise (städtischen) Beratungsstellen um diese Halle herumgruppiert werden, sodass hier Wartezonen mit Schauvitriolen und Infotafeln eingerichtet werden können. Abends sind hier auch kleinere Veranstaltungen denkbar. Bei diesem Nutzungskonzept würden Mieten, die zurzeit anderorts für diverse Räumlichkeiten bezahlt werden, für die Stadt entfallen. Wie bereits der Machbarkeitsstudie vom Büro Remke zu entnehmen ist, kann das Dachgeschoss sehr gut zu Wohnzwecken ausgebaut werden, sodass hier dauerhaft mit Mieteinnahmen zu rechnen ist. Zusammen mit Fördermitteln, die für dieses Projekt mit dieser Nutzung auf jeden Fall zu akquirieren sind, kann somit das ganze Vorhaben finanziell auf solide Füße gestellt werden.

Die Verwaltung soll deshalb beauftragt werden, auf dieser konkreten Grundlage eine entsprechende Aufgabenstellung zu formulieren und zeitnah entsprechend den vergaberechtlichen Bestimmungen ein Architekturbüro zu suchen, das für diese Planungsaufgabe geeignet erscheint. Zu beachten ist dabei, dass nicht jedes Planungsbüro ausreichend Expertise hat, um ein altes Fachwerkhaus trotz der vielen Baubestimmungen fachgerecht und behutsam zu sanieren. Parallel müssen umgehend – sofern noch nicht geschehen – weitere Gutachten und eventuell ein verformungsgerechtes Aufmaß in Auftrag gegeben werden, damit alle Unterlagen für eine detaillierte Planung und Kostenberechnung im Herbst 2024 vorliegen.

Der Beschlussvorschlag enthält einen entsprechenden Auftrag an die Verwaltung, aktiv nach Fördermöglichkeiten Ausschau zu halten und die Förderfähigkeit zu sondieren. Sobald entsprechende Beschlüsse hierfür notwendig sind, sind diese den Gremien vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen und SPD beabsichtigt, den Weg der Umsetzung konstruktiv zu begleiten und jederzeit die Verwaltung mit ihren Möglichkeiten zu unterstützen.

Sabine Freitag
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Peter Messing
Fraktionsvorsitzender
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)